Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 13.50, für das Ausland mit dem entsprechenden Postzuschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30/31.
Fernsprecher:
Schriftleitung: Nollendorf 4783, 4784, 4785, 4786, 4787, 4788.
Geschäftsstelle: Nollendorf 5980, 5981, 5982, 5983, 5984, 5985, 5986, 5987, 5988.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.20 zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 549. **Sonnabend, 8. November 1919. Morgen-Ausgabe.** **59. Jahrgang.**

Für schleunigste Friedensrevision

Die Londoner Wirtschaftskonferenz gegen Versailles.

Eigene Drahtmeldung.

S. Haag, 7. November.

Die Londoner Konferenz zur Bekämpfung der Hungersnot hat gestern ihre Besprechungen abgeschlossen. Wie der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet, wurden noch folgende Beschlüsse angenommen:

Der Kongreß stebt unter dem Eindruck des ernsten Zustandes in Europa, wie er bei den Beratungen zutage getreten ist und unter dem Eindruck der drohenden Gefahr einer Hungersnot. Der Kongreß stellt bei aller Würdigung der bereits auf wirtschaftlichem Gebiete getroffenen Maßnahmen unter dem Eindruck, daß noch feine genügenden Schritte getan worden sind, um diesen fürchterlichen Zustand zu bekämpfen, daß der Zustand von Europa eine ernste Bedrohung für England und alle anderen Länder ist, daß allgemein Unbehagen in England über diese Zustände herrscht und unmittelbare Schritte getan werden müssen, um das englische Volk aufzuklären.

Der Kongreß fordert, daß der Oberste Wirtschaftsrat, ferner die Wiederherstellungskommission, die europäische Kohlenkommission und andere Körperschaften so ausführlich wie möglich Auskünfte über den tatsächlichen wirtschaftlichen Zustand in Europa geben, besonders in Bezug auf den Bedarf einerseits und andererseits über die Vorräte an Lebensmitteln, Brennstoffen, Beförderung, Transportmitteln und Rohstoffen in den verschiedenen Ländern. Der Kongreß richtet einen Appell an die Regierungen und die Presse der ganzen Welt, diese Tatsachen an die Oeffentlichkeit zu bringen.

Der Kongreß ist der Ansicht, daß die industrielle Reorganisation der Welt nicht kräftig einsetzen kann, bevor nicht Rußland wieder instandgesetzt ist, wirtschaftlich wieder aufzuleben, um seine riesigen Hilfsmittel an Lebensmitteln und Rohstoffen zur Verfügung der Welt zu stellen, und daß der erste Schritt, der unternommen werden muß, der sein muß, alle Einmischungen mit Zwangsmitteln durch fremde Militelsmächte in Rußland sowohl militelbar wie unmittelbar einzustellen.

Der Kongreß ist der Ansicht, daß die wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages größtenteils verantwortlich sind für die Zerrüttung der Produktion und des Kredits und für die Gefahr, mit der die gesamte kulturelle Welt durch eine gewaltige Revolution und durch Hungersnot bedroht wird. Er ist ferner der Ansicht, daß die Interessen aller Länder es erfordern, die Bestimmungen so schleunigst wie möglich zu ändern.

Wie bereits berichtet, wurde auf der Londoner internationalen Konferenz die Presse von den Sitzungen ausgeschlossen, weil einige Delegierte, die sich in Staatsgeheimnissen auskannten, darum ersucht hatten. In Anbetracht dessen dringt über die Sitzungen nur sehr wenig in die Oeffentlichkeit. Gestern hat nun Miß Sheepshanks, eine bekannte Frauenrechtlerin und Parlamentarierin des Kongresses, dem Londoner Vertreter des „Nieuwe Rotterdamsche Courant" einige Mitteilungen über den Verlauf der Erörterungen gemacht.

Sie führte u. a. aus, daß man die Sitzungen deswegen hätte geheim halten müssen, weil man Schwierigkeiten befürchtete, wenn die Oeffentlichkeit zugelassen wäre. Sie wären auch zweifellos eingetreten, was man schon aus dem Hetzzug ersehen könne, den die Nordkliffe-Presse sofort nach Bekanntwerden des Planes und später gegen die Arbeiten der Konferenz selbst eingeleitet habe. Miß Sheepshanks erklärte weiter, es handle sich um einen wissenschaftlichen Kongreß. Aus diesem Grunde habe man auch den Kreis der zugelassenen Delegierten nicht allzuweit ziehen können. In manchen Fragen bestehe keine Einigkeit.

In der Frage des internationalen Kredits hat, nach der weiteren Darstellung von M. Sheepshanks, Sir Paith, der früher finanzieller Berater der britischen Regierung, die Aufgabe einer gegen internationalen Anleihe mit staatlichen Garantien vorgeschlagen. Demgegenüber hat Oppenheim aus Wien für die Errichtung einer internationalen Bank ein, deren Grundlage auf wirklich n Werten (real securities) ruhen müsse und die ein internationales Zahlungsmittel ausgeben solle. Inzwischen ist man doch in vielen Punkten bereits zu einer Einigung gelangt. Man ist jedoch nicht zusammengekommen, um eine Lehre zu verkünden, sondern um sich über den Stand der weltwirtschaftlichen Verhältnisse zu unterrichten.

Ueber die Einzelheiten der Debatte erfuhr der Korrespondent noch, daß der Vortrag des Holländers Dr. Wientoach, der sich seit Kriegsausbruch in Wien aufhielt, einen tiefen Eindruck auf die Versammlung gemacht habe. Wintoach sprach über die Not in Oesterreich und schrieb die furchtbaren Wiener Hospitäler, denen es jetzt an allem fehle. Der Hunger habe Skorbut verursacht, der allen durch große Zufuhr von reichem Gemüse und Obst behoben werden könnte. Selbst die Milch, die man erhalte, sei für die Volksgesundheit ungenügend, da sie von Vieh stamme, das mit getrocknetem Futter genährt werde. Große Sendungen von Südfrüchten und frischem Gemüse seien unbedingt notwendig.

Frau D. Granowitsch aus Petersburg, die früher dem Kabinett Kerenskij angehörte, eine eifrige Gegnerin der Bolschewisten, hielt einen Vortrag, der in einen kräftigen Protest gegen die Blockade Rußlands auslief. Diese Blockade bringe Millionen den Tod. Auch eine Rede Brentanos machte bei den Zuhörern großen Eindruck. Er legte den Nachdruck auf den Tiefstand der Industrie wegen der Kohlennot, die durch den niederschmetternden Einfluß der Bestimmungen des Friedensvertrages verursacht sei.

Weiter befaßte sich die Konferenz mit der Möglichkeit der Schaffung eines internationalen Wirtschaftsrats, um die Verteilung von Kohlen, Lebensmitteln und Rohstoffen an alle Völker einheitlich zu regeln. In dieser Hinsicht bestehen aber innerhalb der Konferenz noch starke Meinungsverschiedenheiten, vor allem wegen der notwendigen Ueberwachung durch den Verband. Mit großer Aufmerksamkeit folgte die Versammlung auch den Ausführungen des früheren Londoner Vertreters der „Frankfurter Zeitung", Guttmanns, der die Forderung einer Wiederaufnahme des Verkehrs zwischen den Völkern unterstrich.

Schließlich sprach noch Miß Sheepshanks über das vorausssichtliche Ergebnis der Konfere z. Eine siehe bereits heute fest: Es sei das erste Mal seit dem Kriege, daß in England deutsche und verbündete Staatsangehörige zusammengekommen wären. Nicht alle Engländer und nicht alle Leute hätten sich was begreiflich sei, in den ersten Verhandlungen auf einen guten Fuß stellen können. Die französischen Abgeordneten hätten sich jedoch sehr gemäßigt gezeigt. Ein Delegierter versicherte, daß auch in Frankreich eine Strömung bestehe, welche die Bestimmungen des Friedensvertrages ablehne und auf deren Erneuerung hinarbeite.

v. St.

Günstige Wirkung der Verkehrssperre.

Verbesserte Kohlenbeförderung.

Das Reichsverkehrsministerium teilt mit: Die einschneidenden Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung haben im Ruhrgebiete bereits zu einer neuen Steigerung der Wagengestellung für Kohle, Koks und Briketts geführt. Während in den ersten vier Werktagen der vorigen Woche die Wagengestellung im ganzen 58 351 Wagen, das heißt im werktäglichen Durchschnitt 14 595 Wagen betrug, stieg sie in den ersten vier Tagen der laufenden Woche auf 70 714 Wagen, mithin auf werktäglich 17 679 Wagen. Die Steigerung beträgt mithin im werktäglichen Durchschnitt rund 3000 Wagen, das sind mehr als 20 vom Hundert. Gestern wurden annähernd 18 500 Wagen gestellt, eine Zahl, die seit Juli d. Js. nicht mehr erreicht worden ist.

Deutsche Kohle für Belgien.

A. Zürich, 7. November. (Eigene Drahtmeldung.) Genfer Nachrichten zufolge ist zwischen Frankreich und Belgien ein Uebereinkommen zustandegekommen, wonach Frankreich eine monatliche Menge von 150 000 Tonnen deutscher Kohle Belgien zur Verfügung stellt. Die Kohlen sind für die belgische Industrie, besonders für die Hochöfen und Glasfabriken, bestimmt.

Die „Associated Preß" meldet: Uebereinstimmende mit Angaben des Oberkommissärs des Saargebietes wird die Kohlenausfuhr nach Deutschland und den neutralen und alliierten Ländern vorläufig eingestellt.

Abberufung der englischen Quartiermacher aus Flensburg.

W. Flensburg, 7. November. (Eigene Drahtmeldung.) Wie ich von unterrichteter Seite erfahre, sind die englischen Offiziere, die hier seit einigen Tagen weilten, um angeblich Quartier für die englischen Truppen zu machen, nach Köln zurückberufen worden. Da sie wegen der Verkehrssperre die Bahn nicht benutzen können, beabsichtigen sie, im Automobil zu reisen.

Englische Truppen nach den Abstimmungsbezirken.

Amsterdam, 7. November. „Daily Expreß" teilt amtlich mit, daß die Engländer im Einvernehmen mit den Alliierten zur Aufrechterhaltung der Ordnung Truppen nach den polnischen Bezirken schicken werden, in denen eine Volksabstimmung stattfindet. Die Truppen werden bis Januar dort bleiben.

Ein italienischer Anleihepfand.

A. Lugano, 7. November. (Eigene Drahtmeldung) Der „Secolo" verbreitet die Nachricht, daß die italienische Regierung beabsichtige, einer amerikanischen Bankgruppe auf die Dauer von 50 Jahren die Wasserkräfte des Trentino als Garantie für eine große Anleihe von 3 Milliarden Lire abzutreten.

Die Verantwortung für Scapa Flow.

Drahtmeldung.

London, 7. November.

Auf eine Anfrage hat der Erste Lord der Admiralität Long erklärt, daß die britische Regierung die Verantwortlichkeit für die Versenkung der deutschen Flotte in Scapa Flow nicht übernehmen könne und daß die Frage der Blockade noch dem Obersten Rat zur Prüfung unterbreitet werde.

*

Amtlich wird gemeldet: Die interalliierte Marine-Waffenstillstandskommission hat Freitag für Leutnant an der deutschen Küste, jedoch nur für den westlichen Teil zwischen deutsch n Häfen, zu stehen. Diese war nur geringe Milderung der über den deutschen Schiffsverkehr in der Ostsee verhängten Sperre ist von Wichtigkeit für die Kohlenversorgung ostpreußischer Häfen.

Die Hamburger Reder gegen die Ententeforderungen.

Hamburg, 7. November. Der Verein Hamburger Reeder hat folgendes Telegramm an die Reichsregierung gesandt:

Die im zweiten Protokoll zum Friedensvertrag von der Entente niedergelegten Forderungen bedeuten mit der verlangten Auslieferung von Schwimmdocks und Kränen nicht nur für die zunächst davon betroffenen Werften, sondern auch für die deutsche Seeschiffahrt eine schwere Gefährdung, mit der Abgabe von Seebaggern eine Bedrohung des gesamten deutschen Seebaggerwerkbetriebs. Die Wegnahme der Schlepper würde, soweit Seeschlepper in Frage kommen, auch die Seeleichter in Mitleidenschaft ziehen und damit den für unser Wirtschaftsleben unentbehrlichen Küstenverkehr lahmlegen. Die unausbleibliche Folge dieser Auslieferung wären zahlreiche Arbeiterentlassungen in den Werft-, Schlepp-, Seeschiffahrts- und Hafenbetrieben.

Wir bitten daher dringlichst, den mit nichts zu rechtfertigenden Forderungen der Entente, die den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft völlig zur Unmöglichkeit machen würden, den allerhärtesten Widerstand entgegenzusetzen und die Durchführung mit allen Mitteln zu verhüten.

Auch der Deutsche Seefahrtsausschuß wandte sich im gleichen Sinne telegraphisch an die Reichsregierung.

Vernehmung Hindenburgs und Ludendorffs.

Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß der Untersuchungsausschuß seine Arbeiten die nächste Woche hinaus vorzusehen gedenkt. Es ist dazu die Vernehmung des Generalfeldmarschalls von Hindenburg und des Generals Ludendorff in Aussicht genommen. Der Tag ist noch nicht festgesetzt, doch dürfte die Vernehmung des beiden Heerführer jedenfalls nicht vor Donnerstag nächsten. Die Stellung eines Extrazuges für den greisen Generalfeldmarschall von Hindenburg, die vorgesehen ist, dürfte mit der Verkehrssperre zusammenhängen. (Siehe auch Seite 2.)

Schlechte Aussichten für Amerikas Ratifizierung.

Eigene Drahtmeldung.

S. Haag, 7. November.

Senator Hitchcock, der bekannte Anhänger und die Hauptstütze Wilsons im Senat, hat gestern den Senat mit seinem Vorschlage einer sofortigen Abstimmung über den Friedensvertrag ohne Debatte und ohne Aenderung überrumpelt. Die Ueberraschung der Senatoren löste sich in einer Debatte, in der die Geister heftig auseinanderplatzten und nach welcher der Vorschlag abgewiesen wurde.

Washington, 6. November. Im Senat wurde der Abänderungsantrag Gore, in dem eine Volksabstimmung darüber verlangt wird, ob im Rahmen des Völkerbundes ein Krieg erklärt werden kann, mit 97 gegen 16 Stimmen abgelehnt.

Amsterdam, 7. November. Senator Lodge hat die vom Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten vorgeschlagenen Vorbehalte eingebracht und gefordert, daß die Entscheidung nicht weiter hinausgeschoben wird.

„New York Times" melden, daß nach Ansicht der führenden Senatoren die Aussichten auf Ratifikation des Friedensvertrages infolge der Drohung der Regierungsdemokraten und der republikanischen Gegner des Friedensvertrages, gegen die Ratifikation zu stimmen, wenn die Vorbehalte des Ausschusses nicht angenommen würden, gering sind. Die von den republikanischen Führern vorgenommene Stimmenzählung hat ergeben, daß 31 Republikaner und 5 Demokraten für Ablehnung des Friedensvertrages sind.

Die österreichische Ratifikationsurkunde in Paris.

Paris, 7. November.

Der Präsident der österreichischen Delegation übergab am Mittwochabend dem General Kreibe der Friedensvertrages von Saint Germain und einen Brief an den Präsidenten der Friedenskonferenz, der besagt, daß Oesterreich seine Verfassungsbestimmungen den von den Mächten im Friedensvertrag festgesetzten Grundsätzen angepaßt habe. — Oe erreich habe dadurch seine äußere Politik den Ansichten der Großmächte untergeordnet und vertraue vollständig auf ihren Schutz.

Friedensratifikation durch die Tschechoslowakei.

Prag, 7. November. (Eigene Drahtmelbung.) Die tschechische Nationalversammlung hat heute den Friedensvertrag genehmigt.

Die oberschlesischen Gemeindewahlen.

Deutsche Antwortnote an den Obersten Rat.

Auf die Anfrage des Obersten Rates wegen der oberschlesischen Gemeinderatswahlen ist in Paris folgende Antwortnote überreicht worden:

Die Nachricht, daß die preußische Regierung binnen kurzem, und zwar am 9. November 1919 die Gemeindewahlen in Oberschlesien vornehmen gedenkt, trifft zu.

In Preußen galt für die Gemeindewahlen bis zu der Revolution das sogenannte Dreiklassenwahlrecht, nach dem die Wähler gemäß den Steuersätzen in drei Klassen eingeteilt wurden, von denen jede Klasse ein Drittel der Gemeindevertreter wählte. Je stärker deshalb die Unterschiede in der Steuerbelastung der Wähler in einer Gemeinde waren, desto größer war das Stimmgewicht der obersten Klassen und desto plutokratischer wirkte das Wahlrecht. Diese Einrichtung des alten Staates wurde alsbald nach der Revolution zugunsten des allgemeinen und gleichen Wahlrechts beseitigt. Während im übrigen Preußen die Wahlen nach dem neuen Rechte bereits stattgefunden haben, sind in Oberschlesien die Gemeindevertretungen noch nach dem alten Rechte zusammengesetzt. Dieses wirkt umso unerträglicher, als die gewerbliche Entwicklung dort selbst die Unterschiede zwischen arm und reich besonders gefördert hat und als bisher namentlich in Gemeinden mit Berg- und Hüttenwerken die erste und zweite Klasse der Wähler beinahe ausschließlich von den Eigentümern, Unternehmern und Leitern dieser Werke gestellt wurden, die dann von sich aus zwei Drittel der Gemeindevertretungen wählten.

Nachdem nunmehr in Oberschlesien Ruhe und Ordnung wieder eingekehrt sind, kann die preußische Regierung nicht mehr länger zögern, die aus mehrfachen Gründen, zuletzt infolge des Aufstandes verschobenen Gemeindewahlen abhalten zu lassen. Dies ist umso mehr geboten, als die Gemeindewahlen die Voraussetzung für die mittelbaren Kreis- und Provinziallandtagswahlen bilden, insbesondere die neue oberschlesische Provinzialverfassung erst auf Grund dieser Wahlen voll ins Leben treten kann.

Durch die Neuwahl der Gemeindevertreter wird auch dem Interessen des polnisch sprechenden Teiles der Bevölkerung Rechnung getragen. Es ist bekannt, daß die polnischen Elemente in Oberschlesien gerade unter dem ärmeren Volksteile zu finden sind; es ist deshalb klar, daß das Festhalten an dem veralteten Wahlrecht und den so zusammengesetzten Kommunalvertretungen eine Zurücksetzung gerade dieses Volksteils bilden würde.

Dafür, daß die Wahlen in voller Freiheit zur Durchführung gelangen werden, ist jede Gewähr gegeben. Namentlich hat die Regierung zugunsten der oberschlesischen Flüchtlinge angeordnet, daß sie nach ihrer Rückkehr an ihren Wohnsitz auf Antrag auch noch nachträglich in die Wählerliste aufgenommen werden.

Was endlich den Friedensvertrag betrifft, so ist demselben, namentlich auch der Anlage zu Artikel 88, kein Grund zu entnehmen, daß der preußische Staat an der Ausübung seines souveränen Rechtes, die Verwaltung in dem künftigen Abstimmungsgebiet bis zum Inkrafttreten des Friedens durchzuführen, gehindert oder daß die Vornahme der Wahlen der Zustimmtheit des internationalen Ausschusses irgendwie verbeischen wäre.

Die deutsche Regierung legt keinen Zweifel, daß unter diesen Umständen die alliierten und assoziierten Hauptmächte ihre ursprünglichen Bedenken gegen die Abhaltung der Wahlen in Oberschlesien um so eher zurückstellen werden, als es die erklärte Absicht der Mächte ist, den demokratischen Grundsätzen durch den Frieden den Weg zu ebnen.

Provinzialverband Posen-Westpreußen.

In einigen Blättern hat die Nachricht Aufnahme gefunden, das Ministerium des Innern habe beschlossen, die nach dem Friedensvertrage bei Preußen verbleibenden Reste der Provinzen Posen und Westpreußen unter die benachbarten Provinzen aufzuteilen, so daß damit die Namen Westpreußen und Posen verschwänden. Die Staatsregierung legt den größten Wert auf die Feststellung, daß diese Meldung falsch ist. Richtig ist, daß der Staatskommissar für Verwaltungsreform für die kommende Neuordnung der Verwaltung einen ähnlichen Gedanken zur Erörterung gestellt hat.

Die Staatsregierung steht diesem Gedanken fern. Sie hat im Gegenteil mit der Bildung eines Verwaltungsbezirks Schneidemühl bereits den Weg beschritten, den sie zu gehen gedenkt. Ueber diese verwaltungsmäßige Regelung hinaus liegt in der Absicht des Ministeriums des Innern eine kommunale Zusammenfassung der Restbezirke durch Bildung eines Provinzialverbandes Posen-Westpreußen, um diese mit der preußischen Geschichte auf das engste verknüpften, ehrwürdigen Namen zu erhalten und dem im deutschen Herzen tief wurzelnden heiligen Gedanken der Ostmark den gebührenden Ausdruck zu geben.

Die belgische Auslieferungsliste.

Die belgischen Blätter veröffentlichen eine längere Erklärung über das von der belgischen Regierung gestellte Verlangen, 1133 Deutsche auszuliefern, um wegen Verbrechen, die sie auf belgischem Boden begangen haben sollen, abgeurteilt zu werden. Aus dieser Veröffentlichung geht hervor, daß die belgische Regierung auch Material aus den Akten gewonnen hat, die von der deutschen Verwaltung bei der Räumung von Belgien zurückgelassen wurden. Die Anklage baut sich auf drei Kategorien von Vergehen auf:

1) Vergehen, begangen bei Verletzung der bestehenden Neutralität, also bei Einbrüchen der Armee in Belgien.

2) Vergehen, die begangen wurden während der Okkupation Belgiens und anläßlich der Evakuierung.

3) Unedles Vergehen zuungunsten der Kriegsgefangenen.

Die Liste ist dem Minister für auswärtige Angelegenheiten übermittelt worden. Um sie auszuarbeiten, sind die Mitglieder der Kommission und des Senats, die Gouverneure der Provinzen, die Bischöfe, die Bürgermeister, die Vertreter finanzieller und industrieller Unternehmungen, die Präsidenten